

(Abgeordneter Brodauf.)

- (A) Von nationalliberaler Seite ist der Regierung der Vorwurf gemacht worden, daß sie die Flucht in die Öffentlichkeit angetreten habe hinsichtlich ihrer Stellung gegenüber der Vermögenszuwachssteuer. Wir machen ihr weniger diese öffentliche Stellungnahme, diese Flucht in die Öffentlichkeit, wenn man von einer solchen reden will, zum Vorwurf, sondern die Stellungnahme in der Sache selber. Wir erkennen dabei an, daß unsere Regierung sich zunächst bemüht hatte, die Erweiterung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder durchzudrücken — so viel steht doch historisch fest —, und auch diese Steuer hätten meine politischen Freunde lieber gesehen als die, die später zur Annahme gelangt ist. Wenn vorhin der Herr Abgeordnete Dr. Hähnel speziell die zweifelhafte Haltung der Sozialdemokraten dafür verantwortlich machen wollte, daß aus der Erbschaftsteuer nichts werden sollte, so trifft das die Sache doch wohl nicht im Kernpunkte. Ich glaube, wenn die Sozialdemokratie schließlich der Vermögenszuwachssteuer zugestimmt hat, dann sind Erwägungen darüber müßig, ob sie der Erbschaftsteuer zugestimmt hätte; sie hätte ihr natürlich zugestimmt, genau so wie der Zuwachssteuer. Eine historische Wahrheit ist es, daß die Erbschaftsteuer gescheitert ist an dem Widerstande der Konservativen und der Rücksichtnahme der Regierung auf diese Haltung der Konservativen. Für die
- (B) Konservativen war die Stellungnahme von 1909 eine unveränderliche. Das Zentrum hatte klein beigegeben, aber die Konservativen wollten unter keinen Umständen eine Reform haben, in der diese früher von ihnen abgelehnte Steuer mit aufgenommen wurde. Das ist die historische Wahrheit. An den Konservativen liegt es, wenn die Erbschaftsteuer nicht gekommen ist

(Abgeordneter Günther: Sehr richtig!)

und schließlich die Vermögenszuwachssteuer kommen mußte.

Meine Herren! Nachdem die Erbschaftsteuer nicht mehr durchzudrücken war, nachdem sie vor allen Dingen auch deswegen nicht mehr durchzudrücken war, weil der Reichskanzler eine, ich möchte sagen, schwächliche Haltung gegenüber den preussischen Junkern einnahm, war es doch ersichtlich, daß die Vermögenszuwachssteuer das kleinere Übel war. Wir wollen dem Reichstage dankbar dafür sein, daß er das erste Mal von dem früheren Wege abgegangen ist, daß man zum ersten Male nicht die breiten Schichten der Bevölkerung wieder belastet hat, sondern eine Steuer auch dem Besitze und für die besitzenden Kreise eingeführt hat. Wir wollen hoffen, daß, wenn wieder einmal die Notwendigkeit herantritt, neue Mittel zu bewilligen, der zuletzt beschrittene Weg weiterverfolgt wird. Wir können uns wohl der Hoffnung hingeben,

daß man so bald mit neuen Forderungen nicht an den Reichstag herantreten wird,

(Zuruf links: Wird nicht lange dauern!)

mit so gewaltigen Forderungen wenigstens nicht, die eine Milliardenbelastung notwendig machen. Denn ein Gutes wird der einmalige Wehrbeitrag haben, daß er auf gewisse Kreise etwas einwirken wird, auf jene chauvinistischen Kreise bei uns, die in dem Drange nach neuen Rüstungen nicht weit genug gehen konnten, Kreise, die die Regierung immer zu weiteren Rüstungen veranlassen wollen. Das überschäumende Nationalgefühl dieser Leute hat allerdings durch den einmaligen Wehrbeitrag eine ziemlich empfindliche kalte Dusche bekommen. Das läßt sich nicht verkennen.

Aber wenn wieder Steuern in erheblichem Maße aufgebracht werden müssen, so stehen wir allerdings auf dem Standpunkte, daß der indirekten Steuern im Reiche genug sind und daß nur diese oder jene direkte Steuer gewählt werden kann, ohne Rücksicht darauf, wie weit etwa die Rechte der Einzelstaaten beeinträchtigt werden.

(Abgeordneter Fräßdorf: Die Nationalliberalen werden das wohl anders machen! — Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Die Zuwachssteuer ist in diesem Hause und anderwärts vorwiegend von dem Gesichtspunkte aus bekämpft worden, daß sie einen Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten enthalte. Aber wir sind wohl berechtigt, ein Fragezeichen dazu zu machen, ob das wirklich der wahre innere Grund ist. Wir haben die Überzeugung, daß die Feindschaft gegen die Steuer an sich das Überwiegende ist und daß diese Feindschaft sich sozusagen nur ein Feigenblatt vornimmt. Man geniert sich vielfach, die Feindschaft gegen die Steuer offen und rückhaltlos zu bekennen, und bemäntelt dann die Feindschaft mit dem Vorwande, daß man keinen Eingriff in die Finanzhoheit wollte.

Der Herr Vizepräsident Opitz hat in der Sitzung vom 17. Februar 1914 gemeint, die Überzeugung, daß die Selbständigkeit der Einzelstaaten in weitergehendem Maße hätte geschont werden sollen, breche mehr und mehr in Sachsen durch. Die breiten Schichten der Bevölkerung hat er jedenfalls nicht im Auge. Daraus spricht, möchte ich sagen, eine gewisse Weltfremdheit. Dem Volke ist es schließlich ganz gleich, ob es die Steuern an das Reich direkt oder indirekt auf dem Umwege über den Bundesstaat bezahlt. Das ist eine Sorge, die die regierenden Kreise haben mögen, und dem Herrn Finanzminister glaube ich ohne weiteres, daß bei ihm die Be-